

Verantwortl. Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.
Berleger und Drucker: A. Graumann in Stettin, Sträßplatz 3-4.

Bezugspreis:
In Stettin monatlich 50 Pf., mit Botenlohn 70 Pf.,
in Deutschland vierteljährlich 1 Mt. 50 Pf., mit Botenlohn 2 Mt.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Restanten 30 Pf.

Annahme von Anzeigen Sträßmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten
Deutschlands: A. Hoffe, Haentjen & Bogler, G. L. Daube,
Invalidentent, Berlin Bernh. Arndt, Max Gerkmann,
Oberfeld W. Thieme, Greifswald G. Müller, Halle a. S.
Jul. Bock & Co. Hamburg Joh. Nothmann, A. Steiner,
Wittmann Wilkens. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M.
Geir. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Abend-Ausgabe.

Attentat auf den König von Griechenland.

Die seit dem unglücklichen Ausgange des
Feldzuges gegen die Türkei in Griechenland
herrschende Mißstimmung hat einen erschrecken-
den Ausdruck gefunden. Gegen den König
Georg ist Sonnabend Abend ein Attentat verübt
worden. Der König wurde nicht verletzt.

Ueber das Attentat veröffentlicht die
griechische Gesandtschaft in Berlin folgende
Mittheilung: Sonnabend Nachmittag um 5 1/2
Uhr, als Seine Majestät der König, begleitet
von Ihrer königlichen Hoheit der Prinzessin
Marie, von der Promenade du Palais im
offenen Wagen zurückkehrte, schossen zwei
Individuen sechs Mal mit einer Graslinie in
einer Entfernung von zehn Metern auf den
königlichen Wagen. Glücklicherweise erreichten
die Kugeln die hohen Herrschaften nicht, obgleich
Seine Majestät sich aufrecht hinstellte, um die
Prinzessin zu schützen. Der Leibjäger allein er-
hielt eine Verwundung im Bein, beide Pferde
wurden von Streifschüssen getroffen. Der König
ist in voller Gesundheit nach dem Palais zurück-
gekehrt. Im Lande herrscht absolute Ruhe.

Wie ferner aus Athen gemeldet wird, trieb
der Kaiser die Pferde beim ersten Schuß zu
rasendem Galopp an, wodurch der König getreut
wurde. Man glaubt, daß der Attentäter ein
offensiver Offizier ist. Die Untersuchung wurde
sogleich eingeleitet. Der König glaubt, einen der
Attentäter erkannt zu haben.

Allseitig wird das Attentat auf den König
abfällig beurtheilt. Sämtliche auswärtigen
Vertreter drücken dem König ihre Genugthuung
über den glücklichen Verlauf des Anfalles aus.
Selbst Mallis erklärte das Attentat für verabsch-
weulich und bot seine Mitwirkung zur
Ernennung der Verbrecher. Der Leibjäger des
Königs, sowie ein Wagenführer sind durch einen
Streifschuß verwundet worden. Vor dem könig-
lichen Palais veranstalteten Kretener eine
Lokalitätskundgebung. Ein Nachts stattgefunden-
er Ministerrat beschloß energische Maßregeln
zur Verhütung weiterer Attentate.

Spätere Meldungen bringen noch ausführ-
licheres über das Attentat. Als die königliche
Garde auf die Stelle kam, an welcher die Missethäter
sich versteckt hatten, erhob sich der eine und rief auf
griechisch: „Haltet Sie an, Majestät!“ Der
König erhob sich kaltblütig in dem offenen Lan-
dauer, um Prinzessin Marie zu schützen, blieb
aufrecht gegen die Mörder gewandt stehen und
rief denselben, seinen Stuhl schwingend, zu:
„Fort da!“ Der erste Schuß wurde auf eine
Entfernung von 20 Schritt abgegeben. Einige
Personen haben heute Nachmittag ein verdächtiges
Individuum auf dem Feibe gesehen, welches an
die Straße nach Palatou angrenzt, auf der das
Attentat stattgefunden hat. Der König selbst hat
über den beiden Personen, welche die Schüsse
abgaben, weiter entfernt noch eine dritte im
Augenblicke des Attentats bemerkt. Aus dem
königlichen Gefolge war sonst Niemand in der
Nähe, nur ein Jüngling der Kadetten-Schule folgte
zu Pferde und kam, durch die Schüsse herbei-
gerufen, noch gerade zurecht, um die Missethäter
in der Richtung auf den Hymettos schießen zu
sehen. Der Kaiser des königlichen Wagens
versichert, von einem Hügel in der Nähe der
Attentatsstelle aus habe ein bewaffneter Mann
die Ankunft des Wagens durch Pfeife signalisirt
und habe ebenso den Missethättern das Zeichen
zum Aufbruch gegeben, in Folge dessen die
letzten Schüsse schnell hintereinander abgegeben
worden seien. Starke Patrouillen sind abgedandt
worden, um der Mörder habhaft zu werden.
Die Polizei ist einem Klub auf der Spur,
welchem einer der Verbrecher angehört zu haben
scheint und von welchem derselbe, wie man an-
nimmt, durch das Voos zur That bestimmt wor-
den ist. Man spricht von einigen Verhaftungen.

Am Sonnabend Abend empfing der König
alle fremden Gesandten, welche ihm ihre Glück-
wünsche aussprachen. Unter den Ersten, welche
sich Delmanns und Malli. Der König zeigte
große Ruhe; er sagte, das unglücklichste Wor-
gehen einiger Vorfahren sowie fortgesetzte Fä-
lschung der Thatjaden habe zu diesem bedauern-
werthen Reizitat geführt. Um 9 1/2 Uhr hielt
der Metropolit in der Kapelle des königlichen
Palais einen Dankgottesdienst für die wunder-
bare Errettung ab. Die Königin war während
des Gedens niedergesunken; sie war sehr er-
schüttert. Für 10 Uhr Abends war ein außer-
ordentlicher Ministerrat zusammengetreten. Die
Regierung beschloß, noch Abends in dem Amts-
blatte einen Bericht über das Attentat zu ver-
öffentlichen. Die Bewegung in der Stadt nimmt
zu. Alle verurtheilten schärfstens die verabsch-
weuliche That; auch die Kreise, in denen
wenig Sympathie für den König herrscht, sind
von demselben Gefühl bewegt. Die hier wohnen-
den streiter kamen sofort zusammen und be-
schlossen eine Deputation an den König, in welcher
sie ihren Absehen und ihrer Entrüstung Aus-
druck gaben. In den Provinzen wird die That
ebenfalls scharf verurtheilt wie hier. Nationalistische
Kundgebungen werden in ganz Griechenland
geplant. In der Metropolitankirche wird morgen
ein Gedend gefeiert werden, welchem die ganze
königliche Familie beizuwohnen gedenkt. Die Be-
völkerung von Athen bereitet Kundgebungen für
den König vor.

Der König Georg erhielt Glückwünsche
telegrammatisch von dem Kaiser Wilhelm, dem
Kaiser Nikolaus und der Königin Viktoria. Bei
einer Ausfahrt, welche die königliche Familie
nach dem Frühstuck unternahm, war dieselbe
gegenstand zahlreicher Sympathie-Kundgebungen.
Im ganzen Lande wurden Wittgottesdienste für
die königliche Familie abgehalten. Zahlreiche
Glückwunschkarten, in denen dem Absenden
über das Attentat Ausdruck gegeben wird, gehen
in dem Palais ein. Der Vöden des diplomatischen
Korps, welches unter feierlichem Zeremonie-
empfangen wurde, sprach dem Könige die
Wünsche und die Theilnahme des diplomatischen
Korps aus. Von den an dem Mordanfalle
Theilgehabten ist bisher noch keine Spur gefunden
worden.

Die griechische Presse bespricht mit Ent-
rückung das Attentat. Die „Proia“, das Organ
der ganzen Nation ein Gefühl des tiefsten Absehens
herberrufen. Diese Menschen seien keine Griechen.
Das Attentat sei gleichwie gegen den König auch

gegen Griechenland gerichtet und sei die natür-
liche Folge der verabschweulichen Sprache,
mit welcher eine gewisse Presse jeden Tag die
Seele des Volkes errege, indem sie vorgebe, an
dunkle Mächenschaften zu glauben, die auf die
Niederlage und den Untergang Griechenlands
hinarbeiten. Die „Mith“ rühmt die wadere That
des Königs, der seine Tochter mit seinem Körper
deckte und dem drohenden Tod nur durch einen
wunderbaren Zufall entgangen sei. Die „Akro-
polis“ sagt, die volle Sympathie des Volkes sei
mit dem edlen Monarchen. Feiertlich sage das
Volk sich los von den beiden Mördern, den ein-
zigen Griechen, welche eines solchen Verbrechens
fähig seien. Die übrigen Blätter sprechen sich in
ähnlichem Sinne aus. Um 10 1/2 Uhr Mitt-
tags wurde in der Metropolitankirche ein Gedend
gehalten, welchem die königliche Familie, sowie
eine überaus zahlreiche Menge beizuwohnt. Vor
der Kathedrale, sowie auf dem ganzen Wege vom
Palais nach der Kirche war die königliche Familie
der Gegenstand unausgesetzter Oudigungen. Vor
Allem hörte man den Ruf: „Es lebe König
Georg!“ Bei der Rückkehr der königlichen
Familie nach dem Palais wiederholten sich die
Kundgebungen. In den Läden, die im Palais
ausliegen, zeichneten sich bereits viele Tausende
aus. Die Zugänge zum Palais sind fortwährend
von einer großen Menschenmenge angefüllt. In
der Nacht wurden einige Verhaftungen vor-
genommen, jedoch nur zu dem Zwecke, irgend
welche Auskunft zu erlangen. In Athen, sowie
in den Städten der Provinz herrscht vollkommene
Ordnung.

Bur Wahlbewegung.

Von mehreren Seiten wird berichtet, daß die
Herren Graf Schwerin-Köwig und Bopelins den
Bertrag gemacht haben, in dem wirtschaftlichen
Ausmaß zur Vorbereitung handelspolitischer
Maßnahmen einen Mittelpunkt für die Wahl-
agitatio zu schaffen; die Tendenz derselben kam
in einem vorgelegten Entwurf zum Ausdruck durch
einen Satz gegen die jetzigen Meißbegünstigungs-
verträge und durch einen anderen Satz, in welchem
verlangt wurde, daß die politischen Parteien-
schiebe bei Seite gelassen würden. Man hatte
von vornherein nicht gewagt, sämtliche Mitglie-
der des Ausschusses zu der Besprechung einzuladen,
und aus der Mitte der eingeladenen wurden so
viele Einwendungen erhoben, daß zunächst bei
dem Versuche nichts herausgelassen ist. Die
„Nat.-Lib. Korr.“ berichtet, daß 22 Herren an
der Besprechung Theil genommen, und weiter:
Das „Sammlungsprogramm“, das dieser Ver-
sammlung vorgelegt wurde, ging im Wesentlichen
dahin: Ende 1903 laufen die Handelsverträge
ab; es erscheine zweifelhaft, ob die bestehende
Meißbegünstigungsklausel, die einzelnen Staaten
auch solche Konzeptionen ohne Entgelt zufallen
lasse, welche von dritten Vertragsmächten mit
wirtschaftlichen Opfern erkaufte seien, sich aufrecht
erhalten ließe. Weiterhin wird auf den wirt-
schaftlichen Ausmaß verwiesen und darauf, daß
für die Wahlen die Sammlung der Interessen
geboten sei. Der entscheidende Passus ging dahin,
die Vertreter von Industrie, Landwirtschaft und
Handel sollten nur für solche Kandidaten eintreten,
die rückhaltlos auf dem Boden der nationalen
Wirtschaftspolitik stehen, „unter Zurückstellung
nebenständlicher Parteigegegensätze“. Wie bereits
hervorgehoben wird, gab zunächst zu Ausstellun-
gen Anlaß der Passus über die Meißbegünstigungs-
verträge. Ferner ist, wie wir annehmen zu kön-
nen, n glauben, gewünscht worden, statt „Zurück-
stellung nebenständlicher Parteigegegensätze“,
„innerhalb der bestehenden Parteien“ zu sagen, womit
man agrarischerseits nicht einverstanden war, weil man
auf dieser Seite, wie sich bisher gezeigt, der bis-
herigen Agitatio trotz des Sammlungsprogramms
in vollem Umfang die Bewegungsfreiheit zu er-
halten wünscht.

Die „National-Liberal. Korr.“ schreibt, zu
dem Unternehmen der Herren Graf Schwerin
und Bopelins sei ihrerseits Folgendes zu bemerken:
Erstlich, daß ein ins Einzelne gehendes, und nur
eine positiv bindende Bestimmung enthaltendes
Handelsvertragsprogramm für 1904 sich nicht
formuliren läßt, weil zu jedem Vertrage zwei
Kontrahenten gehören und es bei dem schnellen
Wechsel aller Verhältnisse sich nicht absehen läßt,
in welcher Form im Jahre 1904 für eine Han-
delsvertragspolitik die anderen Mächte sich bereit
finden werden. Sodann, daß zur politischen Um-
wertung eines wirtschaftlichen Einigungspro-
gramms in erster Linie gehört, daß sämtliche, die
sich daran beteiligen, die Vertretung ihrer Son-
derwünsche nur innerhalb des geschlossenen Rahmens
geltend machen, also eine in Zeit und Programm
extrem sich behaltende Agitatio aufgeben müssen.
Drittens aber, und das ist das Wesentliche: Sollen
die Wähler Träger dieses wirtschaftspolitischen
Ausgleichs werden, dann müssen auch ihre nation-
alen und politischen Intentionen die Stellung
behalten, wie sie ihren historisch-erwachsenen Aus-
druck gefunden; was insbesondere das national-
gehaltene, liberale deutsche Bürgerthum anlangt, so
müßte es, um den Ausgleich der wirtschaftlichen
Interessen tragen zu helfen, auch die sichere Ge-
währ haben, daß der wirtschaftspolitische Aus-
gleich nicht das Mittel wird, um ihm die Hände
zu binden gegenüber einer extremen Agitatio,
welche auf wirtschaftspolitische Interessens-
strömungen parteipolitische Spikes gegen es selbst
zu setzen bemüht ist. Was diesen letzten Punkt
zu sehen bemüht ist. Was diesen letzten Punkt
zu sehen bemüht ist. Was diesen letzten Punkt
zu sehen bemüht ist.

Aus dem Reiche.

Wie der „Weser-Ztg.“ aus Hannover mit-
getheilt wird, hat der Abt von Loccum Dr.
Uhlhorn die Einladung erhalten, Se. Majestät
den Kaiser auf seiner Reise nach Palästina zu
begleiten. Gleichzeitig sei an Dr. Uhlhorn die

Bitte gerichtet, eine Denkschrift über die wirt-
schaftliche Lage von Sogatha auszuarbeiten.
Der hochbetagte Geistliche hätte die Einladung
zur Reise nach Jerusalem mit Rücksicht auf sein
Alter zu seinem Bedauern ablehnen müssen, der
zweiten Bitte wolle er jedoch gern entsprechen.
— Die amtliche „Lothr. Ztg.“ bestätigt die
Nachricht, daß der Besuch des Kaisers im Mai
in Metz zu erwarten ist. Weitere Erkundigungen
haben ergeben, daß der Besuch wahrscheinlich
erst gegen Pfingsten, also Ende Mai, stattfinden
wird und voraussichtlich auf ungefähr acht
Tage bemessen ist. Es ist dabei nicht aus-
geschlossen, daß die Kaiserin mit den kaiserlichen
Kindern auch dann noch länger am Schloß
Ulville verweilen wird. Tugend welche umfang-
reichen Festlichkeiten sollen während des Besuchs
nicht stattfinden. — Wie bekannt, hat der Kaiser
der Abordnung aus Metz, die ihm eine Dant-
adresse überreichte, mitgetheilt, daß nicht nur das
alterthümliche „deutsche Thor“ als geschicht-
liches Vaubmental, sondern auch das Fort
Steinweg, ehemals Fort Vellecroix genannt,
bei der Schleifung der Süds- und Ostumwallung
erhalten bleiben soll. In der Nähe dieses Forts
befinden sich große Militärbauten, darunter eine
mächtige Kaserne für das rheinische Fußartillerie-
Regiment 8, dem das Fort als Exerzierplatz und
Übungsort dient. Im Ubrigen wird die
Schleifung von Metz nach den Vorgängen in
anderen Festungen erfolgen, also erst Ver-
kauf und Bebauungsplan des frei werdenden
Geländes aufzustellen sein, bevor die Schleifung
und Aufhebung der Reponbeschränkungen ein-
treten. — Die Konfirmation des Kronprinzen
und des Prinzen Eitel Fritz wird nach der
„Kreuz-Ztg.“ voraussichtlich im Pfingsten statt-
finden. Die Nachricht, daß die Konfirmation in
Jerusalem erfolgen solle, ist unbegründet. —
Prinz Albrecht, Regent von Braunschweig, ist
in San Remo eingetroffen. — Herzog Ernst
dem Frommen, dessen vierhundertster Geburts-
tag (25. Dezember 1901) herannah, beabsichtigt
man ein Denkmal zu setzen. Es hat sich in
Gotha ein Komitee gebildet, dessen Vorstand
aus den Herren Staatsminister von Streuge,
Generalfürsprechend D. Kreschmar und Finanz-
rath Schwab (als Schatzmeister) besteht. Das
Komitee wendet sich zur Aufbringung der
notwendigen Mittel mit einem Aufruf an die
Öffentlichkeit, der auch bei den vielen Thüringern,
die außerhalb der Grenzen der engeren
Heimat leben, Interesse und Gehör finden wird.
— Ueber „Beobachtung eines Parlamentarier-
durch Spitzel“ berichtet die „Trier. Landesztg.“
aus Berlin: „Es giebt hier Detektivbüros,
welche den Auftrag übernehmen, einzelne Per-
sonen zu überwachen und deren Privatleben aus-
zujundschaften. Längere Zeit hindurch stand der
Herr Abgeordnete Kaplan Dasbach unter einer
solchen Leberwachung von vier Beamten eines
Büreaus dieser Art. Einer derselben beging die
Unvorsichtigkeit, ein Telephon in dem Hause, in
welchem Herr Dasbach wohnte, und vor welchem
jene vier Personen sich fast den ganzen Tag auf-
hielten, zu benutzen und bei einem Auftraggeber
anzufahren, ob er noch länger auf seinem Posten
bleiben solle, oder ob das Abhörung kommen
würde. Wenn Herr Dasbach in einen Pferde-
bahnwagen stieg, nahm einer der Beamten eine
Drofsche und fuhr ihm nach. Inzwischen hat die
Leberwachung aufgehört. Wer sie veranlaßt hat,
wird wohl eines Tages bekannt gegeben werden
können.“ — Das scheint uns eine kirchliche
Kammer beschloß, der Resolution der Zweiten
Kammer nicht beigutreten, welche dahin ging, die
Regierung zu ersuchen, ihren Bevollmächtigten im
Bundesrat anzumelden, daß er für das von dem
Reichstage beschlossene Vereinsgesetz stimme. —
In der heutigen Sitzung des schlesischen Pro-
vinzial-Landtages sollen nach dem Vorschlage des
Provinzialausschusses 1.100.000 Mark für Be-
seitigung der vorjährigen Hochwasserthäden
bewilligt werden. Der Ausschuss schlägt vor, die-
sen Betrag durch ein entsprechendes Darlehen
bei der Provinzial- Sparkasse aufzunehmen.
Die Wiederherstellung der beschädigten Provinzial-
Gassen wird mindestens 1/2 Million Mark
kosten. — Die jährlichen Biererzeugnisse
haben im vorigen Jahre trotz des regne-
rischen und kalten Sommers einen bedeu-
tenden Anstieg gehabt. Die 686 Brauereien, die
in Sachsen im Betriebe waren, haben insgesamt
4.379.001 Hektoliter Bier erzeugt und dafür
2.821.727 Mark an Malzsteuern zu entrichten
gehabt. Durch die politischen Ereignisse in
Oesterreich und die damit zusammenhängende Ab-
nahme der sächsischen Biere seitens dieser Vier-
trinker wurden die durch die Anknüpfung des Bie-
ters dem Brauereigewerbe zugefügten Verluste
so ziemlich ausgeglichen. Den Fremden der
Pilsener Biere wurde hier in Sachsen mit Er-
folg deutsches Bier, gebraut nach Pilsener Art,
geboten.

Deutschland.
O Berlin, 28. Februar. Bei dem Kaiser-
paar fand am Sonnabend Abend ein Dinner
statt, zu welchem die am diesigen Hofe akkredi-
teten außerordentlichen und b. vollmächtigsten
Vorstifter und deren Gemahlinnen, sowie die
bei den Vorkämpfern befindlichen Militär-Attachees
geladen waren. Ferner nahmen Theil der
Reichskanzler Fürst zu Hohenlohe, Staatssekretär
von Bülow, Graf A. zu Eulenburg, Kontre-
admiral Freiherr von Senden-Biran u. A. m.
— Der Großherzog und die Großherzogin
von Baden erhielten, wie die „Kreuz-Ztg.“
meldet, aus Rom Ende voriger Woche die Nach-
richt, daß die Kronprinzessin von Schweden und
Norwegen an Fieber erkrankt sei. Der be-
handelnde Arzt glaubte anfangs die Anzeichen
der Influenza zu erkennen, das zunehmende
Fieber erwies sich aber bald als Vorläufer von
Malaria. Der Verlauf der Krankheit ist bis
jetzt als ein milder zu betrachten. Die Tempe-
ratur ist wieder normal geworden, und die
Kronprinzessin leidet nur an den bekannten
Symptomen der Malaria. Der Kronprinz von
Schweden und Norwegen hat am 24. d. M.
Stockholm verlassen, um sich nach Rom zu
geben.

— Nach den Ergebnissen der vorgelegten
Verhandlungen über das Stottengeseß in der
Budgetkommission des Reichstags wird in parla-
mentarischen Kreisen das Zustandekommen der
Vorlage in der durch die Vorkämpfer des Abg.
Bieber abgeänderten Fassung als gesichert be-
trachtet. Man nimmt an, daß die Regierung sich
mit diesen Abänderungen einverstanden erklären
und daß die Mehrheit der Regierungsfaktion als-
dann für das Gesetz stimmen werde. Auch
sämtliche Morgenblätter zweifeln nicht mehr an
dem Zustandekommen der Regierungsvorlage mit
unwesentlichen Abänderungen, die vom Zentrum
beantragt sind. Der „Vorwärts“ schreibt: „Der
Umfall des Zentrums ist da. Es ist gekommen,
wie man voraussetzte. Herr Dr. Bieber, der schon
bei der ersten Lesung im Plenum des Reichstags
dem Herrn Kontreadmiral Tirpich eine ganze
Hand freundschaftlich entgegenstreckte und mit
der anderen sich noch ein wenig zierte und zu-
rückhielt, Herr Dr. Bieber hat nun seine beiden
frommen Zentrumshände dem Militarismus, dem
Marinismus gereicht.“ Die „Post-Ztg.“ hebt
heraus, daß nimmere die Flottenvorlage als
Wahlparole ausgesprochen wird. Es bleibe daher
der Regierung als Parole lediglich die Politik
der Miquel'schen Sammlung, die aber in der
jüngsten Zeit unentbehrbar in den Wendekreisen
des Krebses getreten sei, schon deshalb, weil sie
sich immer beständiger als eine Sammlung ledig-
lich für den Bund der Landwirthe entpuppt.

— Die „Fr. Z.“ schreibt: Aus direkter
Quelle wird uns mitgetheilt, es stehe außer
Frage, daß die bayerische Regierung der Revision
der Militär-Verordnung unter keinen Umständen
zustimmen wird, wenn nicht das bayerische
Reservatrecht des eigenen obersten Militärge-
richtshofes gewahrt wird. Wird das Reservatrecht
nicht angefaßt und stimmen der Reichstag
und die Bundesfürsten einer Militär-Straf-
prozessordnung zu, die nicht in allen Punkten der
bisherigen Stellung der bayerischen Regierung
entspricht, so wird diese ihre Ansprüche fallen
lassen, um dem Zustandekommen einer Reichs-
prozessordnung nicht entgegenzutreten. Aber,
wie bemerkt, Voraussetzung ist die Erhaltung
des Reservatrechts, welches in diesem Falle als
Hoheitsrecht betrachtet wird. Auch einen bayeri-
schen Senat beim Reichsmilitärgerichtshof wird
Baiern ablehnen und auf einem in Baiern fun-
gierenden selbstständigen obersten Gerichtshofe
bestehen. Dagegen wird wohl von Baiern zuge-
standen werden, daß die Mitglieder
des bayerischen obersten Gerichtshofes sich
nach Berlin zum Reichsmilitärgerichtshof be-
geben, um das Entsprechende festzustellen, wenn
einmal ein Widerspruch in den beiderseitigen
Rechtspreditionen eintreten sollte.

— Nachrichten zufolge haben mit der Ber-
liner Pachtfabrik-Aktien-Gesellschaft bereits Unter-
redungen stattgefunden beabsichtigt Schaffung einer
Basis für die Ablösung der Privatposten im
Falle der Annahme des Gesetzesvorlages, be-
treffend die Ausdehnung des Postregals, wodurch
den Privatposten das bisherige Recht der Beför-
derung geschlossener Briefe entzogen würde.
Neben einer Entschädigung für die Beamten und
Unterbediensteten, welche in Folge der Einstellung
des Briefverkehrs zur Entlassung kommen würden
und Abfindungen für die Auflösung von Verträgen,
sowie Ersatz für wertlos werdende Betriebs-
einrichtungen, wurde der 16 1/2fache Betrag des
jährlichen Reinerwerdienstes, welcher sich aus der
Beförderung geschlossener Briefe ergibt, als
Abfindungsquote in den mit Mitgliedern des
Reichstags stattgehabten Pourparlers bestimmt.
Bei dreiprozentiger Anlage des so berechneten
Abfindungskapitals würden die Besitzer der Pri-
vatposten gerade die Hälfte ihres bisherigen
Reinerwerdienstes an Zinsen einnehmen. Die An-
sicherung, daß bei der Verstaatlichung der Unfall-
versicherung keine Entschädigung gewährt worden
sei, wurde als nicht maßgebend bezeichnet. Es
wurde damals nur ein Zweig der Unfallversicherung
verstaatlicht, die dadurch betroffenen Privatgesell-
schaften konnten die übrigen Arten von Unfall-
versicherungen ohne Beeinträchtigung weiter führen.
Außerdem erstreckt sich die Thätigkeit dieser Ge-
sellschaften noch auf andere Arten der Versicherungs-
branche, so daß es sich bei ihnen wirklich nur um eine
Beförderung nicht vernichtende Beeinträchtigung han-
delt. Anders bei den Privatposten. Bei ihnen handelt
es sich nicht bloß um einen Betriebszweig, sondern
um ihre vollständige Vernichtung. Ihr gesamter
Reinerwerdienst resultirt einzig und allein aus der
Beförderung der theueren geschlossenen Briefe.
Es kommt hinzu, daß die betreffenden Tarifver-
träge. Die Betriebskosten für die offenen (wesent-
lich niedriger tarirten) Sendungen sind ebenso
groß, wie für die geschlossenen Briefe. Was f.
Z. die Beeinträchtigung der Fuhrleute durch die
Eisenbahnen anbelangt, so sind dieselben nicht auf
einmal erkräftet worden. Bei den Fuhrleuten han-
delt es sich dabei nur um einzelne thätigkeits-
bedingungen des Erwerbs, welche dadurch ver-
ändert wurden, ohne erworbene Rechte zu
verlezen. Man kann doch auch nicht sagen,
daß die Drofsknechte ruinirt seien, wenn in
einer Stadt eine Trambahn errichtet wird.
Auch die Ausbreitung des Telephonnetzes hat
die Privatposten geschädigt. Es ist ihnen aber
nicht in dem Sinn gekommen, eine Ent-
schädigung für eine derartige indirekte Betriebs-
Beeinträchtigung zu verlangen. Ganz anders
verhält es sich bei den geplanten Maßregeln
gegen die Privatposten, durch welche einer Anzahl
von Staatsbürgern ihr bisher garantirtes Er-
werbsrecht direkt entzogen wird.

— In der Unterrichtscommission des Ab-
geordnetenhauses stand auf der Tagesordnung
ein Theil der in dieser Session besonders zahlreichen
Petitionen von Lehrern an Mittelschulen, zu
denen nach einer Definition des Unterrichts-
ministers alle Schulen gehören, die weder Volks-
schulen noch höhere Schulen sind. Den Lehrern
und Lehrerinnen an solchen Schulen ist durch ein
Gesetz vom Jahre 1894 Ruhegehalt bezw. Hinter-
bliebenenfürsorge gewährleistet worden. Ver-
einbarungen über die Gehaltsverhältnisse zu
treffen, hatte damals der Minister wegen des so
gleich: verschiedenen Charakters dieser Schulen ab-
gelehnt. Die Petitionen, welche solche Mittel-
schulen, zu denen u. A. Knabenasyle mit einer
fremden Sprache und sämtliche höheren Mädchenschulen
gehören, betrafen, waren dem Abg. Dr.
Kreudt (freil.), diejenigen, welche sich bloß auf
höhere Mädchenschulen bezogen, dem Abg. Schaf-
fards-Mageburg (natlib.) zur Berichterstattung
überwiesen worden. Der Letztere führte zur Ge-
schäftsordnung aus, daß der Grund, warum in
vier Jahren kein Schritt vorwärts getan wor-
den, in der Vermischung der mittleren Knaben-
schulen mit den höheren Mädchenschulen zu
suchen sei. Die Schwierigkeit der Regelung, die
der Minister hervorgehoben, beziehe sich viel
weniger auf die ersteren, als auf die letzteren,

es empfehle sich daher, beide Gruppen besonders
zu behandeln. Die Kommission folgte dieser An-
regung und beschloß, aus den Verordnungen
Petitionen zu übersehen die Knaben-Mittelschulen zu
behandeln und die Beschlußfassung über den
Theil derselben, der sich auf Mädchenschulen be-
zieht, mit der späteren Berathung der dem Abg.
Schaffardt zum Bericht übergebenen Petitionen zu
verbinden. Die Kommission gelangte nach mehr-
ständiger Verhandlung zur einstimmigen Annahme
eines Antrags des Abg. Dietrich (Z.), welcher
lautet: Die Kommission anerkennt wiederholt die
dringende Nothwendigkeit der gesetzlichen Re-
gelung des Mittelschulwesens und überweist für
diese Regelung die Petitionen der Staatsregierung
als Material.

— Die Vermessungsarbeiten des Hafens-
gebiets von Kioathau werden, entgegen anders
lautenden Meldungen, nicht von dem Ver-
messungsfahrzeug „Wäde“ ausgeführt werden,
das Befehl ertheilt, nach beendeter Reparatur in
Dongkong wieder nach Kaiser Wilhelmstand
im australischen Schutgebiet zurückzuführen und
seine seit dem Herbst v. J. unterbrochene
Vermessungsthätigkeit wieder aufzunehmen. Die
Frage der Vermessungen in Kioathaugebiet ist,
wie die „Post“ schreibt, z. Z. noch
Gegenstand der Unterhandlungen im Reichs-
marineamt.

— Gegenüber der vor Kurzem in der
Hanauer Handelskammer aufgestellten Behauptung,
als habe die bayerische Regierung noch
immer kein Verlangen zu Verhandlungen über
die Fortsetzung der Main-Kanalisation nach
Baiern gezeigt, stellt das „Süddeutsche Korre-
spondenz-Bureau“ fest: Die bayerische Regierung
hat schon vor mehr als zwei Jahren die Initia-
tive in dieser Frage ergriffen. Wenn die Ange-
legenheit einen befriedigenden Fortgang bisher
nicht erfahren hat, so ist der Grund hierfür
darin zu suchen, daß hierzu die thätig-
sächlichen Unterlagen gefehlt haben, in-
dem die Verhandlungen über die
Fortsetzung der Main-Kanalisation nach Baiern
sich naturgemäß den vorausgehenden Verhand-
lungen über die Main-Kanalisation in Danau an-
schließen müssen. Es darf nimmere aber auf
die baldige Eröffnung förmlicher Verhandlungen
über die Main-Kanalisation bis Wächtersburg
mit ziemlicher Sicherheit gerechnet werden.

Oesterreich-Ungarn.

Zürich, 26. Februar. Landtag. Der
Stathalter beantwortete die Interpellation Grab-
mayer und Genossen betrefis der Verfügungen
des Züricher Stadtraths gegen Tiroler Arbeiter
wie folgt: Nach einer vom Generalkonsulat in
Zürich an das Ministerium des Neuzern er-
statteten Meldung hat der Züricher Stadtrath
thätigkeitsmäßig die Verfügung getroffen, daß die
Bewilligung zum Aufenthalt oder zur Nieder-
lassung in Zürich nur solchen Angehörigen der
Monarchie ertheilt werde, welche ein Zeugnis
über gute Sitten beibringen. Amtliche Er-
kundigungen ergaben, daß die Verfügung des
Züricher Stadtraths wesentlich gegen die An-
gehörigen italienischer Junge gerichtet ist und
daß hierdurch ebenso die italienischen Tiroler
wie die Angehörigen des Königreichs Italien
betroffen werden. Da die fragliche Maßregel
im Widerspruch steht mit der Bestimmung des
§ 1 unserer Niederlassungsvertrages mit der
Schweiz vom 7. September 1875, so wurde der
saj. königl. Gesandte in Bern vom Ministerium
des Neuzern bereits beauftragt, diese Vertrags-
Verletzung gegenüber der Bundesregierung fest-
zustellen und die Zurücknahme der Maßregel zu
begehren. Ueber die Entschliefung der schweizerischen
Regierung steht das Ministerium zur Zeit noch
einer Mittheilung entgegen.

Zürich, 27. Februar. Mehrere Schüler
der Staatsgewerbeschule wurden relegirt, weil sie
der deutschen Verbindung „Lombardia“ ange-
hören, ihr Kneiplokal schwarz-rot-gold drapiren,
ein Bismarckbild aufhängen und „Die Wacht
am Rhein“ fangen.

Paris, 27. Februar. In dem Stammsokal
der Sozialisten, im „Café Continental“ nahm
gestern Abend 10 Uhr die Polizei Massenver-
haftungen von Sozialisten vor. Der Eigenthümer
des Kaffeehauses beabsichtigt beim Ministerium
Beschwerden wegen Verletzung des Hausrechts
zu führen.

Frankreich.
Paris, 27. Februar. Wie verlautet, beabsichtigt
Biquart in türkische Dienste zu treten.
Von mehreren Seiten ihm angebene gute botirte
Zivilstellen habe er ausgeschlagen. — Mathieu
Drehsch hat gegenüber befreundeten Journalisten
die Verlegung des Drehsch-Feldzugs bis zur
Zeit nach den Wahlen angekündigt, da viele Ab-
geordnete, welche jetzt nicht hervortreten wollen,
eine Begünstigung der Revisionsbewegung zu-
sagen. Jola wird die Gefängnisstrafe sofort
nach Zustellung der Aufforderung antreten und
nicht um Aufschub nachsuchen.

Paris, 27. Februar. Eine Gruppe von
Studenten hatte an den Kolonel Biquart ein
Schreiben gerichtet, worin sie ihm ihre Sympathie
aus Anlaß seiner würdigen, gewählten und
tapferen Haltung vor den Geschworenen aus-
drückte. Biquart antwortete einem der Absender
in folgendem Briefe:
„Bieber Herr! Ich bin tief gerührt von dem
Beweise der Sympathie, den Sie und eine An-
zahl Ihrer Freunde mir haben zukommen lassen.
Da Ihre Adresse allein in dem Briefe angegeben
wird, ist es mir unmöglich, allen diesen Herren
einzeln zu danken. Ich wäre Ihnen deshalb
danbar, wenn Sie ihnen sagen wollten, sie
sollten volles und ganzes Vertrauen in die Zu-
kunft haben. Man hält nicht die Wahrheit auf
ihrem Wege auf, und wenn Einige, die ich in-
mitten einer verbliebenen Menge den Weg haben,
zu Tode getroffen niederstinken — was wollen
sie? Ich glaube, daß ihre Wunden wohl die-
jenigen aufwiegen, die auf dem Schlachtfelde er-
worben werden.“ Herzlichst Biquart.

